

Koloniale Kontinuitäten im unabhängigen Indien - eine Spurensuche

Die heutige gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Vielfalt des Landes ist das Ergebnis eines langen historischen Prozesses von Migrationsbewegungen und Eroberungen, die zu einer starken Vermischung geführt haben. So kann man Indien treffend als ein "Universum von Kulturen" bezeichnen. Wenngleich der durch die Briten ausgeübte Einfluß dabei nur ein Ausschnitt aus diesem "Kulturuniversum" darstellt, hat er jedoch, auch 50 Jahre nach der Erlangung der Unabhängigkeit, noch immer große Bedeutung. Die von der Kolonialmacht initiierten gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und auch politischen Transformationsprozesse haben die traditionellen Gesellschaften Indiens irreversibel umgestaltet. Politik, Verwaltung und Wirtschaft sind durch die Kolonialherren in einer Weise überformt und gestaltet worden, daß sie auch nach 50 Jahren Unabhängigkeit ihre kolonialen Wurzeln nicht verleugnen können: Wahlrecht, Verwaltung, Erziehungssystem und die Grundzüge von Wirtschaftsstruktur sowie Land- und Ressourcenverteilung sind die Hinterlassenschaft einer britischen Kolonialmacht, der es während ihrer Herrschaftszeit gelang, den indischen Subkontinent ihren Bedürfnissen entsprechend zu gestalten. Nach einem Jahrzehnte währenden Unabhängigkeitskampf gelang es Indien zwar, sich 1947 von den britischen Kolonialherren zu befreien, doch als Modell für ihren jungen Staat und dessen Entwicklung wählten die Gründungsväter des unabhängigen Indien - entgegen den Wünschen und Vorstellungen Mahatma Gandhis über die zukünftigen Entwicklungen der neuen Republik - die politischen Strukturen des Westminster-Systems der ehemaligen Kolonialmacht.

In der Literatur besteht über den zeitlichen Beginn der britischen Herrschaft und der damit verbundenen Transformation der indischen Gesellschaft weitgehende Einigkeit: 1757 besiegten die bengalischen Hindu-Eliten in der Schlacht von Plassey mit britischer Unterstützung den Gouverneur des Moghulreiches, den Nawab. Diese Unterstützung ließen sich die Briten gut bezahlen: Mir Jafar, der Nachfolger des besiegten Nawabs, mußte eine einmalige Zahlung in Höhe von 40 Millionen Pfund Sterling an die britische Krone sowie eine jährliche "Steuer" von 30.000 Pfund entrichten. Welche Gesamtsumme solche Transferleistungen in den nächsten 190 Jahren bis zum Ende der Kolonialherrschaft insgesamt erreichten, ist nur schätzbar:

von 1858 bis 1898 sollen eine Milliarde Pfund aus Indien nach England überwiesen worden sein, in den nachfolgenden 40 Jahren dann noch einmal zwei Milliarden.

Durch eine Reihe von Steuergesetzen, der Einführung britischen Eigentumsrechts und anderen, vom britischen Parlament erlassenen gesetzlichen Vorschriften und Regelungen, wurde dieser "königliche Beutezug", der sich über die finanziellen Transferleistungen hinaus auch auf Kunstgegenstände, wertvolle Manuskripte und andere Sachgüter erstreckte, legalisiert. Mit der Einführung der Silberropie als offiziellem Zahlungsmittel wurden 1835 alle traditionellen indischen Geldformen entwertet. Alle Land- und Bodensteuern in den britischen Herrschaftsgebieten waren von nun an in dieser Währung zu zahlen. Zwar hat auch die im Moghulreich erhobene Grundsteuer die Landwirte schon stark belastet und dem Agrarsektor wichtige Ressourcen entzogen, doch war das von den Briten eingeführte Steuersystem einer der entscheidendsten Eingriffe in die traditionelle indische Gesellschaftsstruktur, der die Grundlage für die Kommerzialisierung der Landwirtschaft legte. Im Zuge des Ausbaus dieses Steuersystems und des damit verbundenen Verwaltungsapparates entstand eine neue, von den Briten geförderte und britisch erzogene Elite, gleichzeitig sank ein großer Teil der ehemaligen ländlichen Eliten auf den Status von Bauern herab.

Durch die Steuerpflicht sahen sich die Landwirte zum einen gezwungen, ihre Anbauflächen intensiver als gewohnt zu nutzen, Brachzeiten, während der sich das Land hätte erholen können, aufzugeben und künstliche Bewässerung zu verstärken. Die Folge: fruchtbare Anbauflächen, die über Jahrhunderte ausreichende und gleichmäßige Erträge brachten, verloren ihre Fruchtbarkeit, der Anbau von Nahrungsfrüchten ging zurück. Ein Trend, der von den Briten durch ihre aktive Förderung des Anbaus von Marktfrüchten wie Baumwolle und Zuckerrohr noch verstärkt wurde.

Ein ähnlich schwerwiegender Eingriff in traditionelle Landnutzungsformen und Ressourcennutzungssysteme war neben der neuen Steuerpolitik und dem 'Permanent Settlement Act' die Forstpolitik der britischen Kolonialherren, durch welche die indischen Wälder der Oberhoheit des britischen Staates unterstellt und damit ihren traditionellen Nutzgruppen entzogen wurden.

Die Wirtschaftspolitik der Briten verfolgte zudem die Absicht, die Einfuhr heimischer Waren nach Indien zu fördern. Gezielt wurden daher zu Beginn des 19. Jahrhunderts die indischen Einfuhrzölle gesenkt und feste Kontingente für den Export nach Indien festgelegt. Die Folgen für das Handwerk auf dem indischen Subkontinent im allgemeinen und die Weber im besonderen waren weitreichend: bis dato britischen Textilien überlegene Seide- und Baumwollprodukte gerieten zunehmend unter Druck. Die im Zuge der einsetzenden Industrialisierung möglich gewordene Massenproduktion englischer Stoffe zu niedrigen Preisen bedeutete den Ruin der hinterherhinkenden und vernachlässigten indischen Textilindustrie.

Nach dem Niedergang traditioneller landwirtschaftlicher und handwerklicher Produktionsbedingungen fanden ähnliche Prozesse auch in anderen Bereichen statt. Zum Beispiel im Schul- und Gesundheitswesen. 1931 meinte Mahatma Gandhi anlässlich einer Rede in London, daß die Alphabetenrate Indiens 100 oder auch nur 50 Jahre zuvor deutlich höher gewesen sei als 1931. In den 'Educational Surveys' von 1822 (Madras-Presidency), 1824 (Bombay-Presidency), 1835 (Bengal-Bihar-Presidency) und 1882 (Punjab), gibt es eine Reihe von Belegen, die die Behauptung Gandhis bestätigen. Danach lag der Anteil der Kinder, die Schulen besuchten, zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Indien deutlich über dem im damaligen England und beschränkte sich bei weitem nicht nur auf die brahmanischen Eliten. Nahmen 1822 noch über ein Drittel der Jungen im Schulalter am Schulunterricht teil, waren es 50 Jahre später nur noch etwa zwölf Prozent. Ein wichtiger Faktor bei diesem Niedergang des traditionellen Schulsystems war die Umwandlung von kommunalem Gemeineigentum in Privatbesitz: die Dörfer verloren die Möglichkeit, die dörflichen Schulen aus eigenen Mitteln zu unterhalten.

Die Zerstörung des traditionellen indischen Bildungswesens wurde von den Briten durch verschiedene Maßnahmen aktiv gefördert; Maßnahmen, die vor allem in einem Anstieg der Ausbildungskosten resultierten und - bei einer gleichzeitigen Verarmung breiter Bevölkerungsschichten - Schulbildung zu einem Privileg der von den Briten geförderten Eliten machte. Mitte des 19. Jahrhunderts wurden in Madras, Kalkutta und Bombay die ersten drei europäischen Universitäten gegründet.

Explizites Ziel dieser Schul- und Bildungspolitik war die Schaffung einer sozialen Klasse von Menschen, die ihrer Abstammung nach Inder, ihrer Gesinnung nach jedoch Engländer waren.

Es waren vor allem die britisch erzo-genen "weißen Inder", die beim Kampf um Freiheit und Eigenständigkeit füh-rend waren. Auch wenn die Unabhän-gigkeitsbestrebungen von der breiten Masse der Bevölkerung getragen und unterstützt wurden, so waren es doch die während der britischen Herrschaft ent-standenen Eliten in Verwaltung und Handel sowie die landbesitzenden Ober-schichten, die nach dem Abzug der Briten die Weichen für die zukünftige Ent-wicklung Indiens stellten. Ihr Ziel war, den materiellen und monetären Ressour-cenabfluß zu stoppen und ihn ihren eigen-ten Interessen entsprechend neu zu ge-stalten.

Zum Teil in britischen Eliteschulen

ausgebildet und vor allem europäisch denkend, lehnten sie die verfassungsrechtliche und politische Or-ganisation des neuen, unabhängigen Staates in weiten Teilen dem britischen Westminster-Modell an: eine auf allge-meinen und freien Wahlen beruhende zentralistische parlamentarische Demo-kratie. Sie übernahmen in der neuen Verfassung weite Bereiche des 'Government of India Act' von 1935, und eine Vielzahl der von den Briten erlassenen Gesetze und Verordnungen bildete die Basis des Rechtssystems und der Gesetzgebung des unabhängigen In-dien. Und auch heute noch bestimmen zahlreiche von den Briten verabschiedete Gesetze das Verhältnis zwischen den Religions- und Kastengruppen, die Be-ziehungen zwischen der Zentralregierung in Delhi und den einzelnen Bundesstaa-ten sowie Eigentums- und Erbrecht.

Auch die mittlerweile viertgrößte Ar-

mee der Welt, die sich in den 50 Jahren der Unabhängigkeit als stabilisierender Faktor der demokratischen Tradition In-diens erwiesen hat, steht in britisch-indi-scher Kulturtradition. Nicht nur in Or-ganisation und Struktur lassen sich Par-allelen aufzeigen; beispielsweise rekrui-ert sich das Offizierskorps, wie schon in der Endphase britischer Herrschaft, überproportional aus Sikhs. Als stabili-sierend wirkte ebenfalls die Haltung der Militärs, das Primat des Zivilen anzuer-kennen - ein aktives Eingreifen in die Politik hat in den 50 Jahren der Unab-hängigkeit Indiens nicht stattgefunden.

Mitwirkung der Bevölkerung an Prozessen politischer Willensbildung

Zu den Hinterlassenschaften der briti-schen Kolonialherren gehören ein föde-raleres Staatssystem mit einem starken Zentrum und vergleichsweise schwachen Bundesstaaten sowie ein Mehrheitswahl-recht nach britischem Muster: zu-sammen lassen beide wenig Spielraum für kommunale Selbstbestimmung und Beteiligung der Bevölkerung an der po-litischen Willensbildung. Inwieweit eine solche Bevölkerungsbeteiligung am Aufbau eines unabhängigen Indien über-haupt gewünscht war und ist, sei einmal dahin gestellt. Zwar wurden mit dem sogenannten 'Panchayat'-System Mög-lichkeiten lokaler politischer Selbstbe-stimmung verfassungsrechtlich verank-ert, doch blieb die Umsetzung dieser Möglichkeiten Ländersache und wurde nur in wenigen Bundesstaaten umgesetzt und angewendet. Auf echte Volks-bewegungen, in denen Bauern, Arbeiter, ethnische Minderheiten und andere ge-sellschaftliche Gruppen ihren Anliegen und Bedürfnissen politischen Ausdruck verliehen, reagierte der indische Staat oft repressiv.

Dies gilt auch für das Verhältnis der Zentralregierung zu den einzelnen Bun-desstaaten. Um ein modernes Indien, eine zukunftsfähige indische Nation auf-zubauen, hielten die Gründerväter der Indischen Union eine starke Zentralregierung für unabdingbar. Re-gionale Identitäten wurden und werden auch heute noch als Bedrohung der Ein-heit Indiens aufgefaßt. Die Entwicklung einer nationalen Identität erhielt höchste Priorität, regionale, sprachliche, ethni-sche oder religiöse Einzelidentitäten sollten in der umfassenden "Identität In-dien" aufgehen.

Um die starke Position der Zentralre-gierung zu festigen, hielten die Grün-derväter der Indischen Union an der im 'Government of India Act' schon von den Briten festgelegten Möglichkeit fest, unliebsame Landesregierungen durch Notstandsverordnungen abzusetzen und über von Delhi eingesetzte Gouverneure



Schulbildung wurde unter den Briten zu einem Privileg der geförderten Eliten (alle Fotos: Walter Keller)



Koloniale Kontinuitäten: Regierungsgebäude in Delhi

direkt verwalten zu lassen ('president's rule') - ein vor allem seit Indira Gandhis Regierungszeit vielfach mißbrauchtes Machtinstrument.

Auch über die Aufteilung der Steuererträge (Finanzausgleich) zwischen Zentralregierung und Bundesstaaten wird die Dominanz der Zentralmacht in Delhi festgeschrieben. Nur vorsichtig wurden in der Vergangenheit finanzielle Zugeständnisse an die Bundesstaaten gemacht, ohne daß sich dadurch jedoch die finanzielle Abhängigkeit der Regionen von der Zentralregierung verringert hätte.

Auch hierin folgt das unabhängige Indien den Vorgaben der britischen Kolonialherren, unter deren Herrschaft die einzelnen Provinzen allein von Mittelzuweisungen aus Delhi abhängig waren.

Auf kommunaler Ebene verschärft sich dieses Problem finanzieller Abhängigkeit noch einmal. Da die Gemeinden im Grunde über keinerlei eigene Einkünfte verfügen, sind sie zur Finanzierung kommunaler Einrichtungen allein auf Mittelzuwendungen aus den Landeshaushalten angewiesen. In vielen Regionen, wie beispielsweise in den Bundesstaaten des Nordostens, führen diese finanziellen Abhängigkeitsverhältnisse zu Frustrationen und belasten die Beziehungen zur Zentralregierung. So lautet einer der Vorwürfe: Die Zentralregierung erzielt in den Regionen riesige Einkommen (z.B. durch die Teesteuer in Assam), überweist im Gegenzug jedoch völlig unzureichende Finanzmittel in die Region (allerdings könnten die Parlamentswahlen von 1996, die ein Erstarren regionaler Parteien und deren Beteiligung an einer Koalitionsregierung in Delhi zum Ergebnis hatten, darin resul-

tieren, daß sich die Bundesstaaten nunmehr in einer besseren Verhandlungsposition gegenüber Delhi befinden).

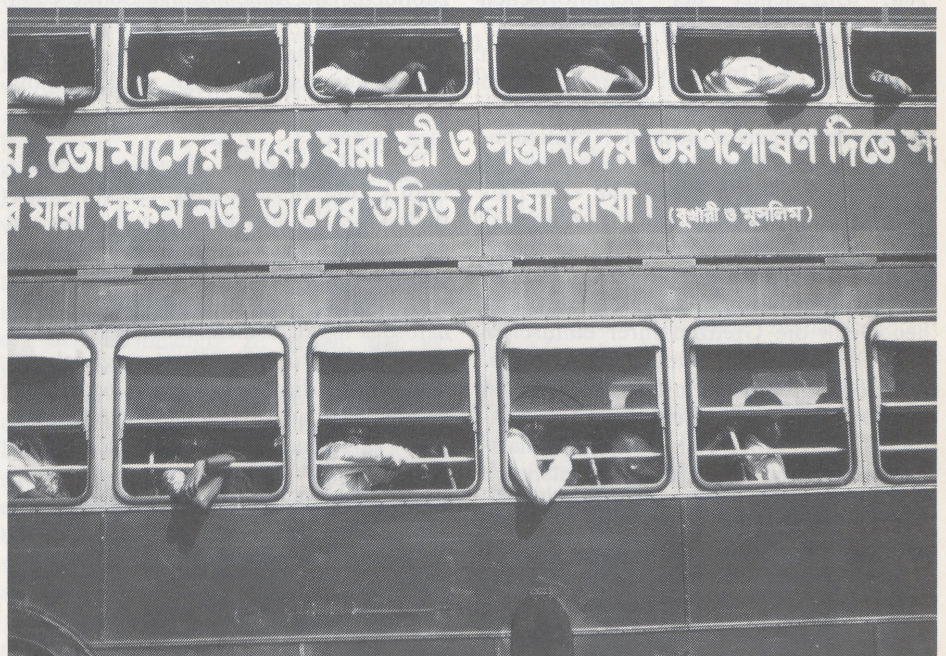
Bestehen angesichts dieser Abhängigkeiten trotz des 'Panchayat'-Systems dörflicher Selbstverwaltung schon wenig Möglichkeiten kommunaler Selbstbestimmung, so gibt es auch für die Bevölkerung kaum wirkliche politische Mitbestimmungsmöglichkeiten. Zwar haben die indischen Wähler seit der Unabhängigkeit bewiesen, daß sie entgegen den damaligen Befürchtungen durchaus mündig und in der Lage sind, ihnen unliebsame Regierungen durch Stimmentzug bei Wahlen abzuwählen, doch verhindert das von den Briten übernommene Mehrheitswahlrecht eine effektive politi-

sche Interessenvertretung gesellschaftlicher Minderheiten. Weder politische Parteien, noch bestimmte gesellschaftliche Gruppen sind in einer Weise in indischen Parlamenten vertreten, die ihren Bevölkerungs- und Stimmenanteilen entsprechen würde.

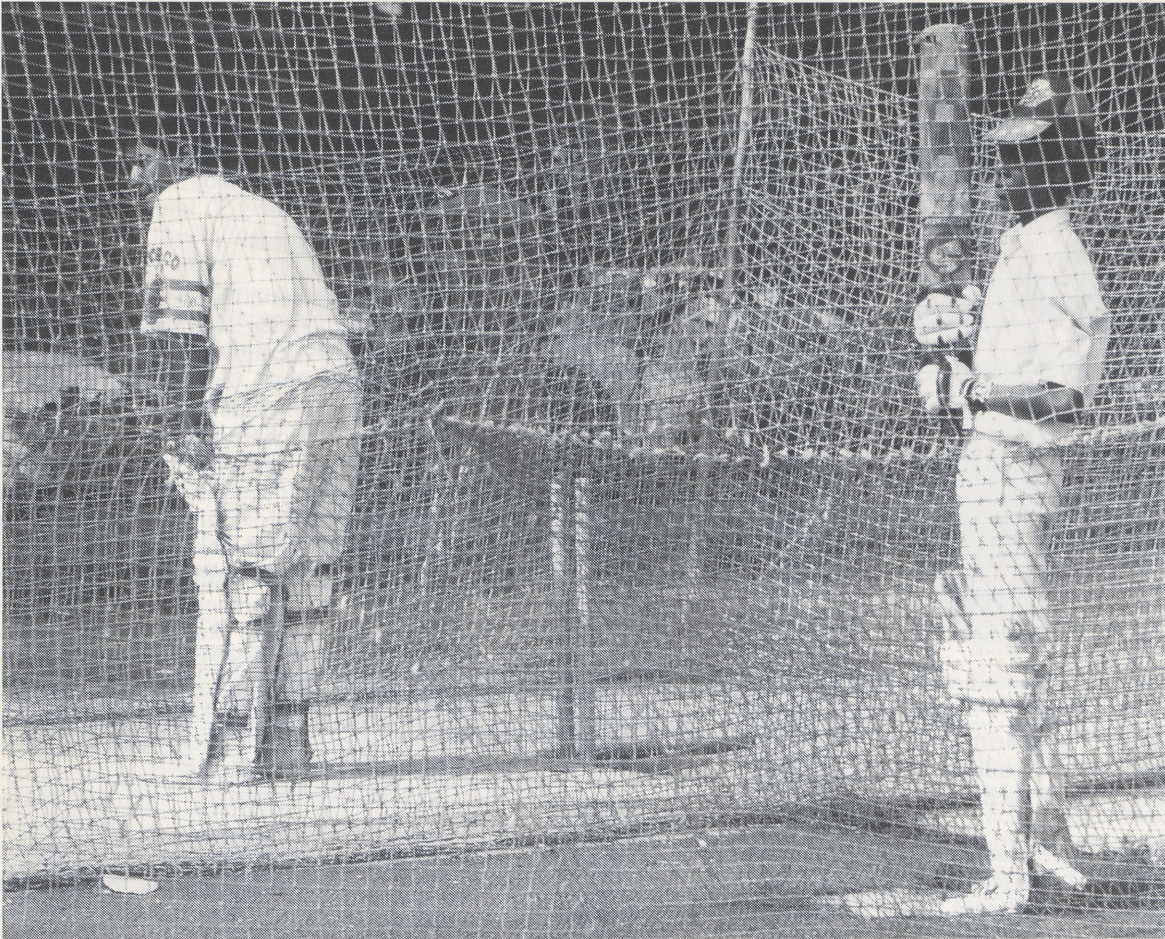
Kommunalismus

Die Fragmentierung der indischen Gesellschaft bot den Kolonialherren ihrerseits einen vorzüglichen Nährboden für das Praktizieren ihrer Teile-und-Herrsche-Strategie. Eine bewußte Bevorzugung gesellschaftlicher Minderheiten manifestierte sich unter anderem in der durch die 'Morley-Minto'-Reform von 1909 geübten Etablierung separater Muslim-Wählerschaften. Offiziell rechtfertigten die Kolonialherren dies mit der Gefahr der Majorisierung der Muslime durch die Hindus. Realpolitisch bedeutete der Minderheitenschutz aber auch die Etablierung eines politischen Gegengewichts in Gestalt der muslimischen politischen Eliten, die zudem loyale, weiterhin amtierende Herrscher in vielen 'autonom agierenden' Fürstenstaaten blieben.

Die 1919 in Kraft tretenden 'Montagu-Chelmsford'-Reformen weiteten das Prinzip kommunaler Repräsentation in der Zentrale und in den Provinzen aus. Letztlich waren die Sitze in den jeweiligen Parlamenten zwar prestigeträchtig, in ihrer Macht aber restringiert und zudem an Zahlenstärke sehr gering. Zahlenmäßig ungleich höher zeigten sich die zu besetzenden Positionen in den verschiedenen Verwaltungsdiensten, um deren Verteilung in der Folge zwischen den ethnischen Gruppen gerungen wurde.



Erinnerungen an das ehemalige Mutterland: Der Doppeldeckerbus



Bis hin zum südasiatischen Volkssport Cricket bleibt britischer Einfluß spürbar

Um die angestrebte kommunale Repräsentation zu realisieren, entstand für die Briten folglich die Notwendigkeit, jene 'sozialen Einheiten' zu spezifizieren, die die Basis ihrer Politik bilden sollten. Als Instrument hierzu diente ihnen die Einführung von noch heute im zehnjährigen Rhythmus durchgeführten Volkszählungen. Ungeachtet der definitorischen Schwierigkeiten bei der Einteilung der heterogenen indischen Gesellschaft in Religionen und Kasten, wurden fortan Gruppengrößen für die Sitzzuteilung in Vertretungsorganen oder der Stellenbesetzung in der Verwaltung maßgeblich.

An diesem Punkt setzte nun eine Entwicklung ein, die bis dato "konturlose" und zudem lokal verankerte Gemeinschaften fundamental verändern sollte: sie erfuhren eine Wandlung dahingehend, daß die Grenzen ihrer ethnischen Gruppe erstmalig einer eindeutigen, primär religiösen Definition unterworfen werden sollten. Der Bezug auf eine ausschließliche sozio-religiöse Merkmalsdimension ethnischer Identität entsprach aber keinesfalls der gesellschaftlichen Realität. Vielmehr gestalteten sich die Grenzen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften flexibel, Überschneidungen unterschiedlichster - sich nach westlichen Maßstäben widersprechender - Attribute waren keine Selt-

heit; so bezeichneten sich bei der Volkszählung 1911 etwa 200.000 Befragte als "Mohammedanische Hindus".

Begünstigt durch die Einführung moderner Transport- und Kommunikationssysteme begannen sich aus vormals lokal begrenzten, diffusen Gemeinschaften übergreifende ethnische Identitäten auszubilden. Die zahlenmäßige Stärke einer Gemeinschaft, die im präkolonialen Indien eine untergeordnete Rolle spielte, konnte nun als Grundlage zur Erlangung politischer und wirtschaftlicher Privilegien dienen.

Die praktizierte 'divide-et-impera'-Politik, die Bevorzugung einzelner einflußreicher Minderheiten - wie etwa die der militärisch schlagkräftigen Sikhs - oder die Quotierung unterer Kasten oder Kastenloser, die zu Spannungen innerhalb des bis dato nicht hinterfragten Kastensystems führte, zeitigten gleichsam den Effekt, die im Entstehen begriffene nationalistische Unabhängigkeitsbewegung zu lähmen. Seit diesem Zeitpunkt begann der Wettlauf zwischen der indischen Unabhängigkeitsbewegung mit dem Ziel, ein alle gesellschaftlichen Gruppen übergreifendes Nationalbewußtsein zu schaffen und der sich abzeichnenden, forcierten Artikulierung sich formierender Kollektividentitäten.

Der Prozeß des "nation-building"

blieb bis heute eine ständige Aufgabe indischer Regierungen. Zentrifugale Tendenzen drohten immer wieder die Einheit des Staates zu gefährden. Die Frage, inwieweit die heutigen ethnischen Konflikte eine Erblast jener britischen Kolonialzeit sind, wird kontrovers diskutiert -- als Katalysator jedenfalls hat die 'divide-et-impera'-Strategie gewirkt.

Spuren kolonialen Einflusses auf das Alltagsleben

Die gegenwärtigen Realitäten Indiens, gleich ob gesellschaftlicher, politisch-institutioneller oder wirtschaftlicher Art, lassen sich ohne dieses koloniale Vermächtnis nur unzureichend erklären. Auch im All-

tagsleben trifft man weiterhin auf Spuren kolonialen Einflusses: angefangen von der viktorianisch geprägten Architektur in Städten wie Neu-Delhi, Bombay, Madras und Kalkutta bis hin zum südasiatischen Volkssport Cricket bleibt britischer Einfluß spürbar; sprachlich fungiert das Englische weiterhin als die lingua franca und verbindet die Sprecher der unterschiedlichen Regionalsprachen.

Resümierend läßt sich dennoch konstatieren: das koloniale Erbe war und ist noch heute für die indische Gesellschaft eher Bürde, denn Segen: Der zu zahlende Preis bestand nicht nur im Transfer gewaltiger Reichtümer nach Europa, sondern vor allem in einem Absinken des allgemeinen Bildungsniveaus, einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung, der Verfestigung hierarchischer gesellschaftlicher Strukturen und Abhängigkeitsverhältnisse, der Ausbildung ethnischer Identitäten und in einer allmählichen Umwandlung agrarischer Subsistenzproduktion in Marktproduktion - Prozesse, die auch nach Erlangung der Unabhängigkeit kein Ende fanden und bis heute andauern, weil sie Teil oder zumindest Begleiterscheinungen der Modernisierungspolitik des unabhängigen Staates waren und sind.

Autoren: Theo Ebberts, Dirk Geilen, Walter Keller